

Umweltgerechte Verstromung von Braunkohle in der Lausitz bis 2050

Standpunkt der Linkspartei.PDS-Fraktion

1. Veranlassung

Im Jahr 2000 wurde nach umfangreichen Diskussionen ein gemeinsames Lausitzkonzept der PDS Brandenburg und Sachsen verabschiedet¹. Energiepolitisch legt es den Schwerpunkt auf die Nutzung erneuerbarer Energien und trifft zum Braunkohlenabbau folgende Aussage:

„Sein mittelfristiger Erhalt ist deshalb für den Strukturwandel in der Lausitz unverzichtbar. Nach kontroverser Debatte innerhalb der PDS gehen wir von einer Zeitachse aus, die das Auslaufen der jetzt aktiven Tagebaue umfasst. Das heisst zugleich, dass wir aus den unterschiedlichsten geo-politischen, ökologischen und sozialen Gründen Neuaufschlüsse von Tagebauen im Lausitzer Revier mehrheitlich ablehnen.“

Offen blieb bei dieser Formulierung, ob diese Ablehnung von Neuaufschlüssen auch bergrechtlich neue Rahmenbetriebspläne für die zwei Vorbehaltsgebiete der Tagebaue Welzow-Süd und Nochten umfaßt. Die landesplanerischen und bergrechtlichen Genehmigungen für diese Gebiete werden jedoch nunmehr vom Bergbauunternehmen bis zum Jahr 2015 angestrebt.

Zu diesem Vorhaben muß sich die Linkspartei.PDS (Landesverbände Brandenburg und Sachsen) eine klare Position erarbeiten.

Seit dem Beschluss des Lausitz-Konzeptes hat die Braunkohlenwirtschaft in der Lausitz einen Aufschwung genommen und die Förderzahlen gesteigert (2000: 55 Mio t; 2005: 59,4 Mio. t). Gleichzeitig wurden Arbeitsplätze weiter abgebaut (Dezember 2002: 9.359 direkt Beschäftigte; November 2006: 7.962 direkt Beschäftigte²).

Der Ausbau erneuerbarer Energien hat in Deutschland Fortschritte gemacht und eine große Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen. Der Anteil der „Energieresion Lausitz“ an diesen Arbeitsplatzeffekten ist allerdings noch weit hinter den Möglichkeiten

¹ PDS (2000): Für eine selbsttragende wirtschaftliche, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Lausitz, Lausitzkongress der PDS Sachsen und Brandenburg, 23.9.2000

² Zahlen für Vattenfall Europe Mining & Generation nach Deutscher Braunkohlen Industrie Verein DEBRIV, es sind Auszubildende und

zurückgeblieben.

Als dritte wesentliche Entwicklung ist die Bedeutung weltweiter Klimaschutzanstrengungen deutlich gestiegen. Sowohl die sichtbaren Folgen eines beginnenden Klimawandels als auch die Präsenz des Problems im öffentlichen und politischen Bewußtsein nahmen stark zu. So gehört gerade die Lausitz zu den von zunehmender Sommertrockenheit am stärksten betroffenen Regionen Deutschlands.

Die Braunkohlenwirtschaft versucht sich diesem Problem durch Entwicklung einer „clean coal“ - Strategie zu stellen, deren Kern die Entwicklung von Kraftwerken mit CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) ist.

2. Die Situation

Die Vorbehaltsgebiete

In Brandenburg ist die Entscheidung zum „Teilfeld II“ des Tagebaus Welzow zu treffen (s. Verlautbarung von Vattenfall vor den Braunkohlenausschuss am 26.10.2006). Seine Inanspruchnahme würde die Umsiedlung des Dorfes Proschim sowie weiterer Ortsteile der Stadt Welzow erfordern und soll im Anschluß an die Auskohlung des bereits genehmigten Feldes erfolgen. Das Gebiet enthält 210 Mio. t Kohle, etwa 1000 Menschen wären von Umsiedlung betroffen.

In Sachsen ist das Vorbehaltsgebiet des Tagebaus Nochten Gegenstand der bevorstehenden Prüfung. Seine Inanspruchnahme erfordert die Umsiedlung der Ortschaften Mulchwitz, Rohne, Mühlrose und Teile des Ortes Schleife. Hierbei wären etwa 1500 Menschen betroffen. Es sich dabei zudem um ein Kerngebiet der sorbischen Kultur im Kirchspiel Schleife. Hier lagern 300 Mio. Tonnen Kohle.

Die derzeit offiziell genannten Zeitpunkte der Inanspruchnahme (2027/30 beim Tagebau Welzow und etwa 2025 in Nochten) treten nur dann ein, wenn die **jetzigen hohen Förderleistungen beider Tagebaue beibehalten** werden.

Braunkohlenutzung und Arbeitsplätze

Die Zahl der Arbeitsplätze in der Lausitzer Braunkohlegewinnung und -verstromung hat in den neunziger Jahren drastische Einbrüche erlitten, die mit der Verringerung der Gesamtfördermengen, aber auch mit Modernisierung und Effektivitätssteigerung begründet sind.

Derzeit wird seitens des Energieunternehmens dargestellt, dass die Talsohle des Arbeitsplatzabbaus durchschritten sei und nun eine etwa gleich bleibende Anzahl Arbeitsplätze gesichert werde. Diese Aussage ist strittig, da nach Angaben des Deutschen Braunkohlen Industrievereins (DEBRIV) die Beschäftigtenzahl allein von Januar bis November 2006 um 349 Mitarbeiter abnahm.

Sofern Vattenfall Europe bis 2012 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet³, so kann dies aufgrund der Altersstruktur faktisch dennoch einen Arbeitsplatzabbau im Unternehmensteil Mining & Generation bedeuten. Denn dieser kann auch durch Verrentung und Vorruhestandsregelungen fortgesetzt werden. Auch das Beratungsunternehmen Prognos geht nicht davon aus, dass durch die Wiederinbetriebnahme des Tagebaus Reichwalde Neueinstellungen erfolgen würden.⁴

Zwar ist durch den Kraftwerksneubau in Boxberg und die Wieder-Inbetriebnahme des Tagebaus Reichwalde vorübergehend sogar ein leichter Anstieg im Bereich des Möglichen (aber unwahrscheinlichen), dieser würde jedoch nicht von Dauer sein. So steht selbst nach Vattenfall-Plänen die Beendigung des Tagebaus Cottbus-Nord in wenigen Jahren bevor und wird diese Effekte wieder ausgleichen. Ein weiterer gravierender Einbruch der Arbeitsplatzzahl ist zum Zeitpunkt der Außerbetriebnahme der noch in der DDR errichteten 500-MW-Kraftwerksblöcke im KW Jänschwalde unvermeidbar. Auch Neubaublöcke gleicher Leistung hätten einen wesentlich geringeren Bedienfaktor und könnten die Verluste nicht annähernd kompensieren.

Dies wird jedoch von Studien (s. Prognos) verkannt, die Absatzperspektiven für die Kohleverstromung bis 2050 prognostizieren, die Arbeitsmarkteffekte aber nur für das Jahr

³ Vattenfall Europe vereinbart Konzerntarifvertrag, Pressemitteilung vom 15.12.2006

⁴ „D.h. der neue Kraftwerksblock entspricht 8,5 % der heutigen Kohlenförderung von Vattenfall beanspruchen. Entsprechend werden 410 Beschäftigte bei Vattenfall Europe Mining gesichert, um die vom neuen Kraftwerksblock benötigte Braunkohle fördern zu können.“ (PROGNOS 2005, S.120) Die Ermittlung der hier genannten Arbeitsplatzzahl erscheint jedoch nicht sachgerecht, da sie aus der inzwischen überholten Gesamtbeschäftigtenzahl im Dez.2004 abgeleitet wird. Nötig wäre eine fundiertere Prognose für den tatsächlichen Betriebszeitraum.

2004 beschreiben.

Die Kohlewirtschaft kann deshalb zwar langfristig als wichtiges, aber nicht als das **zentrale Standbein** des Lausitzer Arbeitsmarktes angesehen werden, da ihr Beschäftigungseffekt perspektivisch immer weiter zurückgehen wird.

Braunkohlenutzung und Umweltverträglichkeit

Umweltverträglichkeit von Braunkohleverstromung wird oft fehlinterpretiert als das Maß an Umweltverträglichkeit, dass unter einer vom Markt bestimmten Förder- und Absatzmenge noch erreichbar erscheint. Dies würde bedeuten, Umweltverträglichkeit als einen nach Belieben dehnbaren Begriff aufzufassen. Spätestens angesichts erlebbarer Klimaschäden aufgrund anthropogener CO₂-Emissionen, erweist sich ein solches Denken als Sackgasse.

Stattdessen ist - ausgehend von definierten Qualitätszielen für die Schutzgüter Mensch, Tiere und Pflanzen, Klima, Wasser und Boden - die mit noch vertretbaren Umweltschäden gewinnbare Braunkohlenmenge zu ermitteln.

Den negativen Auswirkungen der Kraftwerke durch Klimagasemissionen und den negativen Auswirkungen der Tagebaue und Kraftwerke auf den Wasserhaushalt (z.B. in Hinblick auf die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie) ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Kohlendioxidabscheidung und –lagerung

Die großen Anstrengungen, die seitens der Wirtschaft in die Technologie der CO₂ - Abscheidung und Speicherung investiert werden, um Kohleverstromung zukunftsfähig zu machen, werden von der Linkspartei anerkannt. Sie sind jedoch gleichzeitig ein unwiderlegbares Eingeständnis, dass konventionelle Kohleverstromung nicht zukunftsfähig ist.

Aus diesem Grunde sollte nach 2010 kein konventioneller Braunkohlenkraftwerksblock mehr errichtet werden.

Versuchsanlagen und Absichtserklärungen zur CCS-Technologie sind allerdings kein Ersatz für den Nachweis ihrer technischen und wirtschaftlichen Beherrschbarkeit - bis hin

zur Sicherheit von Endlagern.

Staatliche Pläne und Genehmigungen zur Kohleförderung sind daher auf jenes Maß zu beschränken, das zur Versorgung des jetzigen Kraftwerksparks (*KW Jänschwalde, Schwarze Pumpe, Boxberg*) notwendig ist.

Erst wenn die CCS-Technologie wirklich zur Verfügung steht, ist **unter Abwägung aller ökologischen und sozialen Belange eine ergebnisoffene Diskussion über weiteren Kohleabbau** in der Lausitz zu führen.

Investitionen in die Technologieentwicklung müssen sich für die Wirtschaft nicht zwangsläufig in der Lausitz amortisieren. Die Technologie kann weltweit erfolgreich dorthin exportiert werden, wo ihr Einsatz jeweils am sinnvollsten und notwendigsten ist.

Vattenfall erwartet die kommerzielle Anwendung von CCS ab 2020, die Prognos AG erst ab 2025. Es ist jedoch bekannt, dass Großprojekte in aller Regel länger dauern und teurer werden, als zu Beginn angekündigt.

Einen ausreichenden Kenntnisstand zu einer wirklichen Beurteilung der Zukunftschancen kann es vor dem Jahr 2015 nicht geben.

Staatlichen Anstrengungen zu Forschung und Entwicklung sollten weiter auf die Bereiche **Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien** konzentriert werden.

Prognose des Kohlebedarfs

Die reguläre Betriebsdauer von Kraftwerksblöcken beträgt ca. 40 Jahre. Eine Außerbetriebnahme ist daher zu erwarten

- für die ertüchtigten 500 MW-Blöcke im KW Jänschwalde um 2020,
- für die Neubaukraftwerke der 90er Jahre (Schwarze Pumpe, Boxberg) um 2040,
- für den geplanten Neubaublock R in Boxberg um 2050.

Eine auf vorliegendem Gutachten begründete Gegenüberstellung von Kraftwerkspark und Lagerstätten in der Lausitz führt zu folgender Prognose:

Der Gesamtkohlebedarf der oben genannten bestehenden oder konkret geplanten

Kraftwerkskapazitäten 2006 bis 2050 beträgt voraussichtlich 1.430 - 1.550 Mio. t. Damit kann ihr Betrieb ohne Inanspruchnahme der Vorbehaltsgebiete und ohne zusätzliche Umsiedlungen gesichert werden.

Die jetzige hohe Braunkohlenfördermenge der Tagebaue Welzow-Süd und Nochten würde von den Kraftwerken nicht aufgenommen werden. Diese könnte entsprechend verringert und der Tagebau Reichwalde ab 2010 bevorzugt genutzt werden, da dort keine Umsiedlung erfolgen muß. So kann der Kraftwerkspark bis 2050 versorgt werden.

Würde der heutige Jahresbedarf an Lausitzer Braunkohle dagegen von 2006 bis 2050 (durch Neubaukraftwerke) konstant bleiben, so wären ca. 2.600 - 2.800 Mio. t Kohle nötig. Dann müssten auch - außer Nutzung der beiden Vorbehaltsgebiete - 600 bis 800 Mio. t Braunkohle noch vor 2050 aus neu aufzuschließenden Tagebauen gewonnen werden. Durch die Laufzeit der Neukraftwerke wäre weiterer Kohle- und Umsiedlungsbedarf nach 2050 festgeschrieben.

Im Falle einer umfangreichen Nutzung der Technologie der Kohleverflüssigung verschärft sich dieser Effekt soweit, dass ein kompletter weiterer Tagebau nötig werden könnte. Die Technologie erhöht zudem drastisch die Kohlendioxidemissionen aus Lausitzer Braunkohle (wobei sie versucht, den Emissionshandel zu umgehen)

3. Die Strategie

Umweltverträgliche Braunkohlenförderung und -verstromung in der Lausitz ist bis zum Jahr 2050 nach Auffassung der Linkspartei möglich und notwendig, sofern sie folgenden Grundsätzen folgt:

- Braunkohle sollte aus Gründen des Klimaschutzes in den jeweils effektiv möglichen Kraftwerken verstromt werden.
- Die Inanspruchnahme von Schutzgebieten und Siedlungen ist weitestgehend zu vermeiden.
- Lange Transportwege der Rohbraunkohle sind auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren.

Die Linkspartei verfolgt damit in der **Lausitzer Braunkohlepolitik** der nächsten zehn Jahre folgende **Leitlinien**:

1. Genehmigte Pläne umsetzen

Die Kohlevorräte der genehmigten Braunkohletagebaue Jänschwalde, Welzow, Nochten und Reichwalde sind auszukohlen. Über Form und Zeitpunkt des Auslaufens des Tagebaus Cottbus-Nord entscheidet ein derzeit anhängiges Gerichtsverfahren. Die Verstromung von Rohbraunkohle in konventionellen Kraftwerken außerhalb der Lausitz (Direktabsatz) ist im Heizkraftwerk Berlin-Klingenberg mittelfristig (2015), im Heizkraftwerk Chemnitz längerfristig (spätestens 2030) zu ersetzen.

2. Klima effektiv und zeitnah schützen

Der Betrieb der klimaschädlichen und vergleichsweise uneffektiven 500 MW-Blöcke kann und muss so geführt (geringere Auslastung) und um 2020 rechtzeitig beendet werden, dass die Restkohlemenge der genehmigten Tagebaue zur Versorgung der vier neueren Blöcke deren komplette Laufzeit ausreicht. Die Betriebsdauer des Kraftwerks Jänschwalde ist an der im genehmigten Tagebau Jänschwalde gewinnbaren Kohle zu orientieren. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, **einen Anstieg der Klimagas-Emissionen aus Lausitzer Kohle ab 2010 zu verhindern** und ab 2020 die dringend erforderliche deutliche Senkung zu erreichen. Zwischen 2010 und 2020 sind damit größere Investitionen in die Instandsetzung der 500 MW-Blöcke nicht mehr sinnvoll. Nach 2010 sind keine konventionellen Braunkohlenkraftwerke mehr zu errichten. Gleichzeitig ist Kohleverflüssigung auf die bestehenden Versuchsanlagen zu beschränken. Eine großtechnische Nutzung wird aufgrund der dramatischen Folgen auf Klimagasemissionen und Umsiedlungsbedarf abgelehnt.

3. Siedlungen erhalten

Die Inanspruchnahme weiterer Siedlungen lässt sich nicht auf der Grundlage der heute konkret bekannten Kraftwerksplanungen rechtfertigen. Es ist der größtmögliche Beitrag des Tagebaus Reichwalde an der Kraftwerksversorgung anzustreben, da in diesem Tagebau keine Umsiedlungen erforderlich sind. Die Inanspruchnahme weiterer Kohlefelder ist ggf. dann zu prüfen, wenn die Möglichkeit einer klimaverträglichen Nutzung der Braunkohle nachgewiesen ist. Dies kann aber erst erfolgen, wenn die technische und

wirtschaftliche Beherrschbarkeit solcher Kraftwerke bis hin zur Endlagerung nachgewiesen ist, ihre Wirkung auf die Region⁵ abschätzbar wird und zu diesem Zeitpunkt noch eine energiepolitische Notwendigkeit dazu besteht. Mit einem ausreichenden Kenntnisstand zur Beurteilung dieser Fragen ist keinesfalls vor 2015 zu rechnen. In einem solchen Fall sind alle sozialen, ökologischen und kulturellen Belange ergebnisoffen gegeneinander abzuwägen. Bis dahin sind keine Pläne und Genehmigungen für die Inanspruchnahme weiterer Lausitzer Dörfer zuzulassen.

4. Strukturwandel in der Energieregion Lausitz

Ein weiterer Strukturwandel in der Lausitz hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise wird als unabdingbar angesehen. Gelingt es der Braunkohlenwirtschaft nicht, eine sinnvolle klimaschonende Kohleverstromung zu erreichen, kommt ihr nur eine Brücken- und Übergangsfunktion für den nötigen Strukturwandel zu. Der mit den jetzigen Kraftwerken festgeschriebene Zeitraum von 45 Jahren ist für diese Funktion in jedem Fall ausreichend.

5. Die Lausitz als Einheit sehen

Von der nach diesem Konzept eintretende Konzentration der Förderung im sächsischen Teil des Kohlereviere kann auch das Land Brandenburg weiter partizipieren: Die Firma Vattenfall Europe Mining & Generation sowie ein großer Teil ihrer Arbeitnehmer bleiben in der brandenburgischen Niederlausitz ansässig.

6. Primat der Politik vor der Wirtschaft wiederherstellen

Die Politik muss den Interessen der Wirtschaft die im Sinne des Allgemeinwohls nötigen Grenzen setzen. Sie hat Pläne und Prognosen deshalb kritisch und unabhängig zu prüfen. In diesem Sinne sind keine Genehmigungen für eine weitere Kohlenutzung zu erteilen, bevor die dazugehörige Kraftwerkstechnik sowie die ökologischen und Arbeitsmarkteffekte abgeschätzt werden können.

⁵ Z.B. ist derzeit noch unklar, ob solche Kraftwerke in der Nähe der Kohlelagerstätten oder der Kohlendioxidspeicher errichtet würden.